

Sechs Monate trennen uns vom Beginn der neuen Förderperiode. Die Landesregierung bereitet jedoch gerade erst die Ausschreibung für die Erarbeitung des Operationellen Programms vor. Die voraussichtlichen Förderprioritäten, die Sie vergangene Woche mit dem Sachstandsbericht offerierten, bleiben weit hinter den Planungen zurück, die wir in den Euroregionen vorgelegt bekommen haben.

Schließlich haben wir auch gewisse Begehrlichkeiten innerhalb der Landesregierung registriert. Nicht nur der Finanzminister hat ein Auge auf die rund 100 Millionen Euro geworfen, die bis 2013 für den Brandenburger Teil der Grenzregion zur Verfügung stehen.

Die Linke wird ihre Bewertung der Operationellen Programme für Ziel 3, ihrer einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen vor allem davon abhängig machen, ob diese, jede für sich und natürlich auch alle zusammen genommen, dazu beitragen, dass die Region an der Oder und Neiße als Ganzes entwickelt und gestärkt wird. Die EU fordert eine integrierte Strategie der Grenzregion, aus der grenzüberschreitende, wirtschaftliche, soziale und ökologische Maßnahmen abgeleitet werden sollen. Diese Forderung muss für den Inhalt des größten deutsch-polnischen Programms, des Programms für Brandenburg und das Lebusener Land, maßgeblich sein.

Natürlich wissen wir, dass die Verzögerungen bei der Programmearbeitung ihre Ursachen nicht nur in Brandenburg haben. Wenn Partner aus Mitgliedsstaaten und Grenzregionen verhandeln, dann muss nach einem Kompromiss gesucht werden; das ist uns klar. Ein solcher scheint sich jetzt anzubahnen. Dennoch bedauern wir das Gezerre der letzten Monate, das nicht nur auf die inhaltliche Gestaltung der Programme Wirkung haben wird, sondern - so schätzen wir es ein - den deutsch-polnischen Beziehungen generell geschadet hat. Unsere Fraktion hat schon des Öfteren die analytischen Defizite der Landespolitik in diesem Bereich benannt, zuletzt in Bezug auf die sozioökonomische Analyse und den Zweiten Demografiebericht.

Bei der Analyse der Grenzregionen gab es viele Fehlstellen, auf die die Gutachter aufmerksam gemacht haben, zum Beispiel in der SWOT-Analyse. So etwas ist für eine Planung, auf deren Grundlage sich Brandenburg für die Zeit nach 2013 vorbereiten soll, wenn EU-Fördermittel - wie wir schon mehrfach gehört haben - nicht mehr reichlich fließen werden, nicht hilfreich. Diese Defizite Ihrer Arbeit kritisieren wir; sie müssen endlich beseitigt werden. Greifen Sie bei der Lösung dieser Aufgaben in Zukunft stärker auf den Sachverstand der Euroregionen und die Vor-Ort-Kenntnisse der Landtagsabgeordneten aus den Grenzregionen zurück! Beides kann die Arbeit der Landesregierung bereichern. Deshalb und weil es bei den Programmen vor allem um grundsätzliche Weichenstellungen für die Entwicklung unseres Landes und der Region geht, schlagen wir vor, künftig auch Mitglieder des Landtages in die Lenkungsgremien für die Programme zu berufen. Ich bin auf Ihre Antwort gespannt. - Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Für die SPD-Fraktion setzt Herr Abgeordneter Dr. Klocksin fort.

(Dr. Klocksin [SPD]: Wir verzichten!)

- Die SPD-Fraktion verzichtet.

Für die DVU-Fraktion spricht der Abgeordnete Nonninger.

Nonninger (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ende Dezember 2006 läuft die derzeitige Programmperiode der Strukturfonds und -instrumente aus. Die EU-Kommission, die Mitgliedsstaaten und die Regionen sind derzeit mit den Vorbereitungen für die nächste Programmperiode 2007 bis 2013 beschäftigt. Im Rahmen von Ziel 3 soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert werden. Landkreise, Gemeinden und IHKs sind bereits in den Prozess der Erarbeitung der Operationellen Programme der deutsch-polnischen Grenzregion involviert.

Die DVU-Fraktion stellt fest, dass gerade die Entwicklung in den grenznahen Regionen außerhalb des so genannten Speckgürtels trotz geflossener Strukturfondsmittel besorgniserregend ist. Auch wenn die genauen Zahlen noch nicht feststehen, so werden die Mittel für die Entwicklung der deutsch-polnischen Grenzregion 2007 bis 2013 in Brandenburg niedriger sein als in den vergangenen Jahren. Für uns als DVU-Fraktion ist es selbstverständlich, dass die wenigen zurückfließenden, von Deutschland eingezahlten EU-Mittel so effektiv wie möglich abgerufen und eingesetzt werden müssen. Dabei steht für uns die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen an erster Stelle.

Der vorliegende Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS ist überflüssig, da auch die Landesregierung sehr wohl weiß, wann die entsprechenden Programme bei der EU-Kommission vorliegen müssen. Es stellt wohl eine Selbstverständlichkeit dar, dass mit dem Ziel-3-Programm vor allem grenzüberschreitende wirtschaftliche, soziale und ökologische Maßnahmen mit dem Ziel gefördert werden, eine nachhaltige territoriale Entwicklung anzustreben. Dies bedarf aber der Zusammenarbeit beider Seiten, sowohl Brandenburgs als auch Polens, was angesichts des zentralistischen Staatsaufbaus Polens nicht immer leicht ist. Außerdem berichtet die Landesregierung im Europaausschuss ständig und umfassend über den entsprechenden Arbeitsstand sowie über die meisten der im Antrag angesprochenen Themen. - Ihr Antrag wird daher abgelehnt.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die CDU-Fraktion setzt die Abgeordnete Richstein die Debatte fort.

Frau Richstein (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der PDS, über Ihr Bedürfnis, immer genau das zu fordern, was die Landesregierung bereits tut, hat sich im Rahmen der Debatte zum vorherigen Antrag schon mein Kollege Dr. Klocksin geäußert. Der hier vorliegende Antrag trägt den gleichen Charakter.

Eines vorweg: Natürlich sind auch wir für ein Zusammenwachsen der deutsch-polnischen Grenzregionen. Wir nehmen den in unserer Landesverfassung verankerten Staatsauftrag sehr ernst. Wenn Sie in Gesprächen mit Vertretern anderer Grenzregionen

von den Aktivitäten hier in Brandenburg berichten, dann werden Sie in große staunende Augen schauen, weil es nicht viele Grenzregionen gibt, die sich so anstrengen. Was die Oderregion angeht, so verweise ich auf ein herausragendes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin. Beide Länder hatten im April zu einer Veranstaltung zur Entwicklung der Oderregion geladen. Hier wurde wirklich konstruktiv gearbeitet.

Das von Ihnen vorgeschlagene Beschleunigungsprogramm zeichnet sich in besonderer Art und Weise durch Ignoranz aus; denn früher, als die SED noch an der Macht war, wurden die Verhältnisse zu den „Brudervölkern“, je nachdem, ob sie genehm waren, angeordnet oder gekündigt. Zum Glück sind wir jetzt in einer anderen Situation. Heute ist unsere Politik von Demokratie, Subsidiarität und Souveränität geprägt. Mit Ihrem Antrag ignorieren Sie auch, dass an der Erarbeitung des Operationellen Programms mehrere Partner beteiligt sind, nicht nur die Landesregierung. Mentale Schranken, unterschiedliche Strukturen und historisch begründete Ressentiments müssen überwunden werden. Das braucht Zeit, Geduld und manchmal auch ein Stück politische Gelassenheit.

Meine Damen und Herren, heute reden wir über einen sehr komplexen Prozess des Zusammenwachsens, der sich nicht durch Anordnung einer beteiligten Landesregierung beschleunigen und ausrichten lässt. Nur zur Erinnerung: An dem höchst vielfältigen Prozess des Zusammenwachsens unserer Grenzregion sind im Rahmen von Ziel 3 allein auf administrativer Ebene - jenseits der EU - drei deutsche Bundesländer, drei polnische Woiwodschaften und die polnische Zentralregierung beteiligt. Man kann es hier durchaus sagen, ohne den Partnern zu nahe zu treten: Brandenburg ist nicht erst seit heute sehr aktiv, sehr kompromissbereit und sehr zielorientiert, gerade wenn es um das Zusammenwachsen der Regionen geht, und hat somit bereits jetzt einen Beitrag zur Beschleunigung des Prozesses geleistet.

Ich verweise an dieser Stelle auf die besondere Verantwortung, die wir in dieser Debatte haben. Nicht alles, was in schwierigen Verhandlungen geschieht, gehört auf die Bühne der Öffentlichkeit. Man muss auf die Lage der Partner Rücksicht nehmen können. In diesen schwierigen Geschäften gehört es sich nicht, öffentlich Schwarze-Peter-Spiele auszutragen. Das würde die Verhandlungen ohne Not erschweren und verlängern. Deshalb werde ich nicht über die Dinge reden - Sie wissen das eigentlich, weil Sie im Europaausschuss vertreten sind - , die im Moment in Bewegung sind und wo sich ein gutes Ergebnis für ein beschleunigtes Zusammenwachsen beider Teile der deutsch-polnischen Grenzregion abzeichnet. Aber es liegt in der Natur der Sache, dass ich mehr Vertrauen in die Landesregierung setze als die Opposition.

Noch eine Bemerkung zu Ihrer Wunschliste. Sowohl im Rahmen der Ausschussarbeit als auch auf Tagungen und Konferenzen sind schon viele Anregungen gegeben worden, auch von Ihnen. Bisher war es selbstverständlich - so habe ich es zumindest erlebt -, dass diese Anregungen dann, wenn es sinnvoll erschien und die EU-Vorgaben es zuließen, aufgegriffen und in die Erarbeitung der Programme einbezogen wurden. Ich verstehe daher nicht, woher für Sie der Anreiz kommt, immer wieder Selbstverständlichkeiten zu fordern und derartige Anträge zu formulieren. Für mich ist das, gelinde gesagt, parlamentarische Scheinaktivität. Sie fordern beispielsweise, wir mögen beschließen:

„Der Landtag unterstützt alle Bemühungen der Landesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit der deutsch-polnischen Grenzregion zu stärken und das Zusammenwachsen ihrer beiden Teile zu befördern.“

Seit in diesem Haus die Demokratie beheimatet ist, hat der Landtag immer alle Bemühungen der Landesregierung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Region - damit natürlich auch der Grenzregion - und zur Förderung des Zusammenwachsens mit unseren polnischen Nachbarn unterstützt.

(Die Abgeordnete Stobrawa [Die Linkspartei.PDS] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Richstein (CDU):

Nein.

(Heiterkeit)

Ich jedenfalls kann mich an nichts Gegenteiliges erinnern. Deswegen brauchen wir heute nicht zu beschließen, das, was wir in der Vergangenheit immer getan haben, auch in Zukunft zu tun; das ist selbstverständlich. Ihr Antrag ist - das gestehe ich Ihnen gern zu - gut gemeint, aber völlig unnötig und daher überflüssig. Wir weisen ihn seitens der Regierungskoalition zurück. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Es spricht der Wirtschaftsminister Junghanns.

Minister für Wirtschaft Junghanns:*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeit im Ziel-3-Gebiet ist eine intensive. Kritisch möchte ich die Art und Weise, in der der Antrag verfasst ist, anmerken. Frau Stobrawa, Sie wissen, worüber wir reden. Es wird der Eindruck erweckt, als lägen wir gegenwärtig auf diesem Gebiet weit hinter der Entwicklung zurück. Das ist weit gefehlt.

Ausgelöst durch die Erfahrungen der letzten Jahre, gibt es, wie Sie wissen, ein intensives Miteinander der Verantwortlichen in den Euroregionen für die Programmgestaltung in dem vor uns liegenden Zeitraum. Sie wissen, dass die inhaltliche Diskussion gegenwärtig deshalb erschwert und gebremst ist, weil wir uns - das ist der internationalen und überregionalen Ausrichtung dieser Programme geschuldet - verhakt haben. Die Verantwortlichkeiten müssen geklärt werden, bevor man mit dem notwendigen Vertrauen die Inhalte der Programme voranbringt. Wir arbeiten intensiv daran, diesen gordischen Knoten zu durchschlagen.

Wie vorhin schon gesagt wurde, ist es mir nicht möglich, die Ergebnisse der Auseinandersetzung, die wir gegenwärtig füh-